

p.B.15.21.Au.Uch. - BK/mlm/kw

STRENG VERTRAULICH

Offizieller Besuch des Vorstehers des  
Eidg. Politischen Departements in Wien  
vom 26. bis 27. Oktober 1969

=====

## P r o t o k o l l

der beiden Arbeitssitzungen vom 27. Oktober 1969

Oesterreichische Delegation

Dr. Kurt WALDHEIM (Vorsitz)

Bundesminister für Auswärtige  
Angelegenheiten

Botschafter Dr. Wilfried PLATZER

Generalsekretär des Bundes-  
ministeriums für Auswärtige An-  
gelegenheiten

Botschafter Dr. Arno HALUSA

Stellvertreter des General-  
sekretärs für AA und Leiter der  
Sektion II (Politisches)

Botschafter Dr. Alois MARQUET

Leiter der Sektion III (Wirtschaft)

Botschafter Dr. Claus WINTERSTEIN

Protokollchef

Botschafter Dr. Erich BIELKA-KARLTREU

Oesterreichischer Botschafter  
in der Schweiz

Sektionschef Dipl.Ing. Rudolf REITERER

Leiter der Sektion I des Bundes-  
ministeriums für Handel, Gewerbe  
und Industrie

Gesandter Dr. Simon KOLLER

Leiter der Abteilung 4, BMfAA  
(Politisches)

Gesandter Dr. Herbert GRUBMAYR

Pressechef BMfAA

Legationsrat Dr. Erich SCHMID

Erster Mitarbeiter in Abteilung 4,  
BMfAA (Politisches)

Legationssekretär Dr. Georg HENNING

Sekretär des Bundesministers für  
Auswärtige AngelegenheitenSchweizerische Delegation

Bundesrat Dr. Willy SPUEHLER

Vorsteher des Politischen Depar-  
tements

Botschafter Pierre MICHELI

Generalsekretär des Politischen  
Departements

Botschafter Dr. Paul JOLLES

Direktor der Handelsabteilung

Botschafter Dr. Alfred ESCHER

Schweiz. Botschafter in Oester-  
reich

Dr. Hans ZIMMERMANN (Aufzeichnung)

Botschaftsrat der Schweiz. Bot-  
schaft in Wien

Dr. Franz BLANKART (Aufzeichnung)

Sekretär des Departementsvor-  
stehers

Tagesordnung:

1. Europäische Integration
2. Europäische Sicherheitskonferenz
3. Griechenland
4. DDR
5. Nordkorea, Nordvietnam
6. China
7. Naher Osten
8. Atomsperrvertrag
9. UNO

Beginn der ersten Sitzung: 10.00

Herr Waldheim heisst Herrn Spühler und die übrigen schweizerischen Teilnehmer am Arbeitsgespräch herzlich willkommen und betont, dass der Zeitpunkt dafür nicht besser hätte gewählt werden können, denn sowohl auf dem politischen wie wirtschaftlichen Sektor haben sich Änderungen angebahnt. Er macht die Anregung, mit den Integrationsfragen zu beginnen.

1. Europäische Integration

Herr Spühler dankt für die Einladung und ist mit Herrn Waldheim der Meinung, dass mit den Regierungswechseln in Frankreich und der Bundesrepublik vor allem auf dem Gebiet der Integration eine neue politische Konstellation entstanden ist, die es eingehend zu prüfen gilt. In ihrem Bericht hat die EG-Kommission erstmals das Interesse der Gemeinschaft an einer generellen Erweiterung zum Ausdruck gebracht. Hat sich die Haltung Frankreichs tatsächlich geändert? Jedenfalls haben die neutralen Staaten ihrerseits mehr denn je ein eminentes Interesse, nicht nur gemeinsam, d.h. möglichst ~~aus~~ einer Position der Stärke, vorzugehen, sondern auch bei neuen Verhandlungen mit den EG die

- 3 -

Nichtbeitrittskandidaten von Anfang an und als Gleichberechtigte ins Prüfungsverfahren einschliessen zu lassen (Schaffung von Dringlichkeitskategorien unerwünscht). Die nächste EFTA-Tagung wird bereits Gelegenheit bieten, diesen Standpunkt zu bekräftigen.

Herr Waldheim: Der belgische Aussenminister Harmel machte mich im Juli dieses Jahres nach seiner Rückkehr aus Moskau darauf aufmerksam, dass es nützlich wäre, wenn Oesterreich den EG erneut bekanntgeben würde, wie es sich das weitere Vorgehen in der Integrationsfrage vorstelle. Harmel vertrat die Meinung, es wäre besser, wenn Oesterreich jetzt schon etwas unternehmen und nicht zuwarten würde, bis die EG die Initiative ergreifen. Ich liess meinen Gesprächspartner jedoch wissen, dass in Brüssel der österreichische Standpunkt (d.h. die Wünschbarkeit von Arrangements) bekannt sei. Hierauf habe ich von meinem belgischen Kollegen erfahren, dass nach dem Regierungswechsel in Paris die Frage von Arrangements nicht mehr aktuell sei. Er liess ferner durchblicken, dass im Erweiterungsprozess mit raschen Fortschritten nicht zu rechnen sei. - In New York hatte ich Gelegenheit, mich mit den Aussenministern der 6 EG-Staaten zu unterhalten. Im Gespräch mit Willy Brandt erhielt ich den Eindruck, dass die Verhandlungen der EG mit Grossbritannien sehr lange dauern werden. Er hat - was Oesterreich und die Schweiz betrifft - die Notwendigkeit eingesehen, dass "etwas Konkretes" geschehen müsse. Ich stellte die Bitte, unsere Verhandlungen nicht von denjenigen mit Grossbritannien abhängig zu machen, und glaubte, der Stellungnahme Brandts auch entnehmen zu können, dass er Oesterreichs geopolitische und wirtschaftliche Sonderlage erkannt und für eine spezielle Regelung zu Gunsten der Neutralen Verständnis gewonnen hat. Das Gespräch war im grossen und ganzen recht vage. Immerhin scheint eine Sondervereinbarung zwischen den EG und Oesterreich für Brandt an Stelle eines Beitritts durchaus diskutabel zu sein. Es würde sich hierbei um ein handelspolitisches Präferenzabkommen, das die institutionellen Bindungen ausklammert, handeln, wobei eine 30 - 40 %ige lineare Zollsenkung anzustreben wäre. Ueber die Landwirtschaft wurde nicht gesprochen. Für

- 4 -

die Schweiz wäre - nach Brandt - ein analoges Vorgehen möglich. - Im Gespräch mit dem holländischen Aussenminister Luns habe ich diesen ersucht, sich um einen Ausweg zu bemühen. Obwohl es sich nur um ein Kontaktgespräch handelte, erkundigte er sich bei seinen EG-Partnern über die Verhandlungsbereitschaft, was in der Folge zu verschiedenen Kombinationen Anlass gab. Im Gespräch mit Luns wurde indessen kein konkreter Lösungsvorschlag diskutiert: Die Oesterreicher müssten selbst wissen, wie weit sie gehen könnten. Im Bemühen, einen Weg zu finden, regte auch er einen präferenziellen Handelsvertrag mit einer linearen Zollsenkung an. - Was die Unterhaltung mit Maurice Schumann betrifft, ist zu erwähnen, dass der französische Aussenminister die seinerzeit von Debré gemachten Vorschläge eines Arrangements heute "als nicht mehr völlig aktuell" betrachtet, da sich die Lage seither verändert habe. Vielmehr sei ein "Präferenzabkommen sui generis", das er weiter nicht definierte, anzustreben. Er machte sich im übrigen einige Sorgen wegen des sowjetischen Misstrauens hinsichtlich der institutionellen Bindung Oesterreichs an die EG. Ich erklärte ihm, dass wir uns dessen durchaus bewusst seien. - Mit Aldo Moro erörterte ich die italienische Haltung. Die Fortschritte in der Südtirolerfrage wirken entspannend (gute Chancen, dass der österreichische Südtirol-Vorschlag auch von der ~~Südtiroler~~ Südtiroler Volkspartei akzeptiert wird). Das italienische Veto gegenüber einer Bindung Oesterreichs an die EG könnte aus innenpolitischen Gründen nicht sofort aufgehoben werden, doch würde Italien den weiteren Bemühungen Oesterreichs keine Hindernisse mehr in den Weg legen. - Hiezu möchte ich festhalten, dass ich mit meinen Gesprächen nur die Möglichkeiten des weiteren Vorgehens sondieren wollte. Es besteht durchaus nicht die Absicht Oesterreichs, "aus der Reihe zu tanzen". Welches der neutralen Länder in Zukunft Träger der Initiative sein soll, ist damit noch keineswegs bestimmt. Ein gemeinsames Vorgehen bleibt stets noch möglich. - Abschliessend möchte ich Ihnen vom Inhalt eines soeben aus Paris eingetroffenen Telegramms Kenntnis geben. Ihm ist folgendes zu entnehmen:

Der österreichische Botschafter in Paris hat in Erfahrung gebracht, dass bei der Ministerratstagung in Luxemburg die fünf Partner Frank-

reichs darauf gedrängt hätten, dass der französische Vertreter im Ministerrat dem Prinzip der Aufnahme von Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten, insbesondere Grossbritannien, zustimme. Die übrigen Partner seien bereit, über das Achèvement zu verhandeln. Sie wollten jedoch nicht, dass der Beschluss über die Aufnahme der Erweiterungsverhandlungen und die Festsetzung eines Datums vom Gelingen des Achèvements abhängig gemacht werde. Die fünf Partner Frankreichs seien der Meinung, dass Achèvement, Approfondissement und Elargissement ein Paket darstellten, über das gemeinsam verhandelt werden müsse. - Schumann dagegen möchte vor dem Elargissement die Konsolidierung der Gemeinschaft. Für Frankreich gehe es in erster Linie um die Finanzierung des gemeinsamen Agrarmarktes, ein Problem, in welchem sich die Interessen der Bundesrepublik und Frankreichs bekanntlich diametral gegenüberstehen.

Herr Spühler: Es ist kaum anzunehmen, dass Schumann Harmels Auffassung in Bezug auf die gegenwärtige Nützlichkeit von Demarchen neutraler Länder teilt. Jedenfalls scheint uns eine Demarche vor dem EG-Gipfeltreffen nicht unbedingt notwendig zu sein. Die EFTA-Konferenz wird uns Gelegenheit bieten, wo nötig über einige Punkte Klarheit zu schaffen. Im übrigen ist unsere Haltung in Brüssel bekannt.

Herr Jolles: Die schweizerische Lagebeurteilung stimmt weitgehend mit der österreichischen überein. Frankreich sucht - nachdem seine politischen Einwände gegen die Aufnahme von Erweiterungsverhandlungen in den Hintergrund gerückt sind,- mit der sehr geschickten Formel "achèvement d'abord" offenbar eine flexiblere Haltung zu gewinnen. Zweck dieser Haltung ist, die Erweiterung der EG erst in Angriff zu nehmen, wenn die (durch die DM-Aufwertung nun noch erschwerte) Agrarfinanzierung unter Dach gebracht ist. Es stellt sich allerdings die Frage, ob sich Frankreich nach Vollendung des Agrarfinanzierungssystems auf das Datum einer ersten Verhandlungsrunde mit Grossbritannien behaften lässt. Denn nach unseren Informationen zu schliessen, stellt dieses System nur einen Teil des Achèvements dar. - Dennoch sind



wir nach Beurteilung aller uns zugänglichen Informationen zur Auffassung gelangt, dass sich die Chancen für eine Gesamtlösung gebessert haben und dass umgekehrt Demarchen zu Gunsten von Einzellösungen noch mehr denn je erfolglos bleiben dürften. Im Falle Oesterreichs ist zudem anzunehmen, dass die französische Regierung und neuerdings vor allem die westdeutsche alles unterlassen werden, was ihr Verhältnis zur UdSSR belasten könnte. Politisch unbedenklich wäre es jedoch, die Neutralen zusammen in eine gesamteuropäische Ordnung einzubauen, ohne ihre Handelsfreiheit wesentlich einzuschränken. Eine solche Lösung dürfte von den Sowjets hinsichtlich Oesterreichs eher akzeptiert werden. Dazu kommen wirtschaftlich-institutionelle Erwägungen: Handelsabkommen, die lineare Präferenzen von 30 - 40 % (ohne anschliessenden Zollabbau auf Null) vorsehen, stehen mit den GATT-Regeln im Widerspruch. Eine derartige Lösung würde insbesondere auf amerikanischen Widerstand stossen und könnte die Beziehungen der Gemeinschaft zu den USA verschärfen. Nach schweizerischer Ansicht gibt es nur eine "grosse Lösung", die auf dem Zollgebiet auf eine Freihandelszone hinauslaufen würde, aber auch Vereinbarungen zur Zusammenarbeit auf nicht-tarifären Gebieten umfassen müsste. Eine derartige Lösung wäre schon aus rein praktischen Gründen in einem gesamteuropäischen Rahmen leichter zu erreichen als durch unterschiedliche Abkommen mit einzelnen EFTA-Staaten. Im genannten Bericht der EG-Kommission wurde erstmals von einer "wirtschaftlichen Organisierung eines grossen Teils Westeuropas" gesprochen. Dies ist ein bedeutsamer Anknüpfungspunkt. - Die kommende EFTA-Tagung sollte m.E. dazu benützt werden, klar zum Ausdruck zu bringen, dass nur eine "solution d'ensemble", die das Freihandelsstatut der acht FIN-EFTA-Staaten aufrecht erhält, in Frage kommt. Ferner müsste festgehalten werden, dass die mit einzelnen Staaten auszuhandelnden Lösungen in einem Gesamtrahmen zu stellen seien und dass allfällige daraus entstehende Regelungen gemeinsam, nicht stufenweise, in Kraft gesetzt werden müssten. Sollte ein solches Vorgehen nicht zu einer Erweiterung der EG führen, so müsste auf das Mittel des Handelsarrangements zurückgegriffen werden, aber dann im Sinne der Schaffung einer grossen Freihandelszone. Jedenfalls wäre ein verbessertes Konsultationsverfahren, das die EG und die EFTA umfassen müsste, wünschenswert.

- 7 -

Herr Reiterer glaubt, dass ein Präferenzabkommen nicht unbedingt GATT-widrig sei. Die wesentliche Frage sei aber die, ob sich ein solches Abkommen überhaupt lohnen würde.

Herr Waldheim: Eine gesamteuropäische Lösung würde angesichts der bestehenden Wirtschaftsprobleme erst in ca. 7 Jahren möglich sein. Dies ist für uns eine sehr lange Zeit. Als Uebergangslösung scheinen uns Sonderregelungen (Präferenzabkommen) zwischen den Europäischen Gemeinschaften und neutralen Staaten nach wie vor eine erwägenswerte Alternative zu sein, dies um so mehr, als diese auch den Europäischen Gemeinschaften gewisse Vorteile bringen würden (vermehrter Absatz in der EFTA).

Herr Jolles: Ein echter Fortschritt wird uns nur ein Zollabbau auf Null bringen. Alles andere werden wir im GATT nicht durchsetzen können. Unser Streben muss sich deshalb auf eine substantiellere Lösung konzentrieren. Wenn die Neutralen zusammenstehen, sollte dies auf längere Sicht möglich sein.

Herr Waldheim: Ein unter den drei Neutralen koordiniertes Vorgehen ziehen wir nach wie vor einem Alleingang vor; die Gründe hierfür sind offensichtlich. Doch fragt sich, ob, wie gesagt, solch ein Vorgehen in nützlicher Frist gestartet werden kann und ob auch Schweden mit ihm einverstanden ist. Wir sind nämlich derzeit über dessen Absichten nicht mehr ganz im klaren, obwohl uns Stockholm versichert hat, dass sich die schwedische Integrationspolitik nicht geändert habe. - Jedenfalls möchte ich nochmals betonen, dass auch wir ein möglichst einvernehmliches Vorgehen wünschen. Wir befinden uns derzeit in einer neuen Phase des Ueberdenkens und haben noch keinen Entscheid gefällt. Denn es ist in der Tat zwischen den Äusserungen Harmels einerseits und jenen Schumanns andererseits ein gewisser Widerspruch in Bezug auf die Tunlichkeit einer österreichischen Demarche festzustellen. - Was die sowjetischen Bedenken gegenüber einer Verbindung Oesterreichs mit den Europäischen Gemeinschaften betrifft, ist zu sagen, dass uns

Podgorny versichert hat, dass Moskau nichts gegen einen blossen Handelsvertrag einzuwenden habe: Die russische Polemik hat schlagartig aufgehört, sobald klar war, dass wir keine institutionelle Bindung mit den Europäischen Gemeinschaften suchten.

Herr Micheli: Würden die Russen bei einem Arrangement Oesterreichs mit den Europäischen Gemeinschaften nicht die "égalité de traitement" verlangen?

Herr Waldheim: Vermutlich ja. Vorderhand ist die Frage aber russischerseits noch nicht konkret angeschnitten worden.

Herr Jolles: Sofern sich Stockholm nicht für einen Beitritt entschliesst, nützt ihm ein Alleingang nichts, da Brüssel das Vorgehen gegenüber den drei Neutralen ohnehin koordiniert. Das Problem der drei Neutralen wird, ob dies wünschbar erscheint oder nicht, als ein "Paket" behandelt. In Schweden ist, wie ich kürzlich feststellen konnte, die Integrationsfrage aus innen- und vor allem konjunkturpolitischen Gründen nicht mehr so aktuell. Vor die Alternative gestellt, mit einem Beitritt der Finalité politique zuzustimmen oder den EG fernzubleiben, würde Schweden nach Aussagen Langes auf einen Beitritt verzichten. Mithin wird entscheidend sein, wie weit diese Finalität ihre Glaubwürdigkeit zu erhalten vermag. - Ein Präferenzabkommen, das nicht die vollständige Zollfreiheit (zumindest auf Industriegütern) zum Ziele hat, ist m.E. nicht negoziabel; die Niederlande mit ihren weltweiten Handelsinteressen würden einem solchen Abkommen kaum zustimmen. - Auch wir überlegen uns, wann eine neue offizielle Demarche zweckmässig wäre. Wir neigen der Auffassung zu, dass erst die EWG-Gipfelkonferenz abgewartet werden sollte. Denn diese wird uns die nötigen Anhaltspunkte in Bezug auf die "Finalité politique" bringen und zeigen, ob Verhandlungen in kürzerer Zeit möglich sind. Sollte dies zutreffen, würden wir uns dafür einsetzen, dass wir von Anfang an bei den Konsultationsverhandlungen dabei sind. Eine vorgängige Verständigung zwischen Wien und Bern scheint uns hierbei von grundlegender Bedeutung zu sein.



Herr Waldheim gibt die Zusicherung, dass man österreichischerseits in dieser Angelegenheit nach der Botschafterkonferenz wieder mit den schweizerischen Stellen Fühlung nehmen werde.

## 2. Europäische Sicherheitskonferenz

Herr Spühler erläutert den schweizerischen Standpunkt: Grundsätzliches Interesse der Schweiz an der Stärkung der europäischen Sicherheit und deshalb Bereitschaft, an einer Konferenz aktiv teilzunehmen; Zurückhaltung in Bezug auf Fragen, die sich als Folge des 2. Weltkriegs ergeben; Erfordernis einer sorgfältigen Vorbereitung; Vorgehen in drei Phasen (bilaterale Gespräche, Präliminarkonferenz, Hauptkonferenz); Teilnahme jener Staaten, für welche die europäische Sicherheit ein unmittelbares Anliegen darstellt, d.h. der USA und Kanadas. Diese Teilnahme scheint von der UdSSR akzeptiert worden zu sein; offen ist nur noch die Frage, von welchem Zeitpunkt an sie zugelassen werden sollen. Unseres Erachtens sollten sie, nachdem sie sich seit 30 Jahren aktiv in Europa engagiert haben, aus Gründen der Realpolitik von Anfang an, d.h. mit Beginn der Präliminarkonferenz, den Gesprächen als vollwertige Mitglieder beiwohnen können. Gegenwärtig tagen die Warschau-Pakt-Staaten, im Dezember werden die NATO-Staaten zusammentreffen, um ihre diesbezügliche Politik zu besprechen, ev. sogar festzulegen. Es dürfte wohl erst nach diesen Zusammenkünften möglich sein, sich ein Bild über die Chancen einer Europäischen Sicherheitskonferenz zu machen.

Herr Micheli: Ich habe in dieser Angelegenheit kürzlich Informationsgespräche in Warschau und Helsinki geführt. Hierbei habe ich folgendes erfahren. Warschau: Die Ansichten der Satellitenstaaten sind nicht identisch; doch will jeder der geistige Urheber der Idee einer Europäischen Sicherheitskonferenz sein. Die Polen stellen diesen Anspruch m.E. nicht ohne Berechtigung, liegt das geplante Treffen doch in der von Rapacki und Gomulka vorgezeichneten Linie. Sie erstreben den Abschluss eines Europäischen Sicherheitsvertrages, der drei Ziele zu beinhalten hätte:

1. Politischer Teil: Einbezug der UNO-Grundsätze in die Definition der europäischen Sicherheit (als Schutz gegenüber der Breschnew-Doktrin) sowie Festigung des Status quo ("Anerkennung der politischen Realitäten", z.B. DDR, Oder-Neisse-Grenze).
2. Abrüstung: Atomsperrvertrag als Voraussetzung aller weiteren Abrüstungsbemühungen mit dem Ziel, Europa gemäss Rapazki-Plan zur entnukleierten Zone zu machen.
3. Zusammenarbeit: Verstärkung der bisherigen Bemühungen im wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich.

In Bezug auf die Methode sind auch die Polen der Ansicht, dass in den drei genannten Schritten vorzugehen sei. Die UdSSR sei am Erfolg der Konferenz weniger interessiert als am Ausgang der SALT. In Helsinki habe ich feststellen können, dass die Finnen ihre Rolle vorderhand mehr als Gastgeber denn als aktive Konferenzteilnehmer sehen. Ihrer Meinung nach sei die Teilnahme der USA und Kanadas heute schon unbestritten. Offen sei nur, ob sie schon zur Präliminarkonferenz eingeladen würden. Von den Oststaaten werde die Teilnahme der DDR als *Conditio sine qua non* der Zusammenkunft angesehen, nicht aber als Anerkennung ausgelegt.

Herr Waldheim: Unsere Informationen decken sich weitgehend mit den von Herrn Micheli soeben erhaltenen Auskünften. In New York hatte ich Gelegenheit, auch diese Frage mit den betroffenen Aussenministern zu besprechen. Es scheint, dass die Ostblockstaaten die Zeit bis Jahresende für formlose bilaterale Gespräche verwenden wollen. Sodann ist im Verlauf des Jahres 1970 die Vorkonferenz und im Jahre 1971 die Hauptkonferenz vorgesehen. Ich glaube nicht, dass sich Moskau an ihrem Zustandekommen desinteressiert, wiewohl es gegenwärtig seine Absicht zu sein scheint, die andern Ostblock-Staaten vorläufig versuchsweise vorzuschieben. Unter diesen besteht, wie Herr Micheli sagte, eine gewisse Rivalität, insofern jeder seine Verdienste um das Zustandekommen der Sicherheitskonferenz in den Vordergrund zu rücken sucht. Allen Oststaaten gemeinsam ist die Hoffnung, mit Hilfe dieser Konferenz eine Lösung des DDR-Problems zumindest in die Wege zu leiten. - Gromyko wünschte auch

- 11 -

österreichischerseits einen Appell zu Gunsten einer baldigen Einberufung der Sicherheitskonferenz, ein Wunsch, dem wir nicht explizite nachgekommen sind. Umgekehrt wurde seitens der UdSSR positiv gewertet, dass Oesterreich als erstes Land auf die Einladung Helsinkis geantwortet habe. Gromyko gab auch zu verstehen, dass Oesterreich, als neutraler Staat, eine wichtige Rolle vor dem Zustandekommen der Konferenz zu spielen habe. - Persönlich habe ich Bedenken gegenüber limitierten Vorgesprächen (je 2 Vertreter von beiden Lagern), da sich gewisse Staaten gar nicht vertreten lassen wollen, solche Vorgespräche somit kaum repräsentativ wären. In meinen New Yorker Gesprächen plädierte ich für eine allgemeine vorbereitende Konferenz und wies auf die Möglichkeit der Bildung eines Arbeitsausschusses hin. Dieser Vorschlag fand ein positives Echo. Wenn im nächsten Jahr vorbereitende Gespräche geführt würden, könnte die Hauptkonferenz, wie gesagt, frühestens 1971 stattfinden. Uebrigens wäre Helsinki aus technischen Gründen gar nicht in der Lage, die Konferenz früher zu organisieren. - Die Amerikaner sind gegenüber der Sicherheitskonferenz vorderhand eher zurückhaltend eingestellt. Sorge bereitet ihnen die nach der Konferenz mögliche Erlahmung des westlichen Wehrwillens als Folge eines illusionären Sicherheitsbewusstseins. Auf französischer Seite ist man der Ansicht, dass es keine Konferenz von Blöcken werden dürfe; vielmehr müssten alle Staaten auf autonomer Grundlage teilnehmen können. Brandt stellte ähnliche Ueberlegungen wie die USA an. - Wir selbst haben uns bei Sondierungsgesprächen in New York deshalb eingeschaltet, weil wir der Meinung sind, dass die neutralen Staaten in dieser Angelegenheit eine vermittelnde Rolle spielen könnten. Noch vor der Engagierung Finnlands ist von Ost-Regierungen (z.B. Bulgariens) angeregt worden, Wien sollte sich in vermittelnder Weise einschalten. Wir halten uns jedoch etwas im Hintergrund, weil die Angelegenheit doch zweischneidig ist. - Die UdSSR ist in der Tat nicht gegen eine Teilnahme der USA und Kanadas eingestellt; doch will sie diese erst zur Hauptkonferenz zulassen. Dies ist für die Amerikaner inakzeptabel. Allein, ich glaube nicht, dass die Russen die Konferenz wegen dieser Frage scheitern lassen werden.

- 12 -

Herr Halusa: Herr Micheli hat ausgeführt, die Polen erwarteten von der Konferenz die Erhaltung des "Status quo". In der Interpretation dieses Begriffs dürften die Sowjets und ihre Satellitenstaaten indessen nicht gleicher Meinung sein, insofern die erstern die Breschnew-Doktrin als einen Bestandteil des Status quo ansehen, während die letzteren mit ihm lediglich die gegenwärtige Grenzziehung meinen.

Herr Spühler: Im derzeitigen Stadium der Angelegenheit sind wir zurückhaltend. Dies schliesst nicht aus, dass wir uns später vermehrt engagieren werden, da wir, wie schon ausgeführt, grundsätzlich an der europäischen Sicherheit stark interessiert sind. Jedenfalls wäre eine übereinstimmende Haltung der Neutralen von Vorteil. Ich möchte deshalb anregen, dass wir uns in dieser Frage weiterhin auf dem laufenden halten.

Herr Waldheim: Mit diesem Vorschlag bin ich durchaus einverstanden. Bei der Aufstellung der Tagesordnung können die Neutralen einen wesentlichen Beitrag leisten. Es handelt sich hierbei um ein Problem, dessen Lösung etliche Schwierigkeiten bereiten wird; denn es gibt Staaten, die wähnen, die Konferenz sei ein Mittel zur Liquidierung des West-Ost-Problems. Dies ist illusionär. Vielmehr geht es darum, innerhalb und trotz dieser Konstellation die Sicherheit der einzelnen europäischen Staaten zu stärken, dies u.a. mit dem Mittel einer vermehrten zwischenstaatlichen Zusammenarbeit. - Abschliessend möchte ich noch ein soeben aus Warschau eingetroffenes Telegramm zitieren. Danach haben die sozialistischen Staaten offenbar einen Appell an die finnische Regierung als Vollzugsorgan gerichtet, diese möchte ihren Einfluss für eine baldige Einberufung der Konferenz vermehrt geltend machen. Dies habe den finnischen Botschafter so überrascht, dass er in Helsinki rückfragte und dann seine Meinung wiederholte, seine Regierung sei gegenüber der Frage, ob es nützlich sei, noch in diesem Jahr eine weitere finnische Demarche erfolgen zu lassen, eher skeptisch eingestellt; wenn ja, dann würde es sich um eine autonome Initiative handeln.

- 13 -

Herr Spühler dankt für diese Informationen.

Ende der ersten Sitzung: 12.35

Beginn der zweiten Sitzung: 16.15

### 3. Griechenland

Herr Spühler: Anlässlich der nächsten Sitzung des Ministerkomitees des Europarates im kommenden Dezember in Paris soll auf Antrag der skandinavischen Staaten die Ausstossung Griechenlands beschlossen werden. Zu diesem Zeitpunkt wird auch der definitive Bericht des Ausschusses vorliegen, der untersucht hat, ob das Regime der Obersten die Menschenrechte verletzt. Den bisherigen Meldungen nach zu schliessen, dürften über den Sachverhalt keine Zweifel bestehen. Damit stellt sich die Frage, ob Griechenland auf Grund der Artikel 3 und 8 des Statutes unverzüglich ausgestossen oder ob nicht vielmehr die einmal eingeschlagene, auf der Menschenrechtskonvention beruhende Prozedur im Interesse dieser Konvention zu Ende geführt werden soll. Letzteres würde bedeuten, dass Griechenland eine dreimonatige Frist eingeräumt werden müsste, innert der es sich zu entscheiden hätte, ob es zur Demokratie zurückkehren will oder nicht. Die nordischen Staaten scheinen eine derartige Frist nicht ins Auge fassen, sondern im Dezember beschliessen zu wollen, Griechenland unverzüglich auszustossen. Enthielten wir uns in dieser Situation der Stimme, so würden wir unsere politischen Grundsätze verraten; eine solche Haltung könnte neutralitätspolitisch übrigens nicht begründet werden. Umgekehrt können wir nicht alleine mit dem Argument der Menschenrechtskonvention operieren, solange wir diese nicht unterzeichnet haben. Unter Umständen wäre eine Kombination der beiden Vorgehensweisen möglich im Sinne einer Suspension, die aber erst nach einer Frist von drei Monaten wirksam würde für den Fall, dass das Regime inzwischen nicht zur Demokratie zurückgekehrt ist.

Herr Waldheim: Auch nach unseren Informationen scheint der



- 14 -

Bericht des Unterausschusses zu Ungunsten Griechenlands auszufallen (Folterungen werden bejaht, Notstandslage wird verneint). Es stellt sich deshalb die Frage des weiteren Vorgehens. Die Ideallösung wäre die, dass Griechenland freiwillig den Sitzungen fernbleibt. Das ist nicht ohne weiteres anzunehmen, so dass sich das Mittel der Zwangssuspendierung aufdrängt. Ich erwarte ein mühsames Tauziehen. Die Situation ist für uns auch innenpolitisch nicht einfach. Die Regierung ist der Ansicht, dass das rechtlich vorgeschriebene Vorgehen nicht aus politischen Erwägungen "überfahren" werden sollte. Die Opposition ihrerseits verlangt die sofortige Ausstossung Griechenlands. Eine wichtige Rolle dürfte die britische Regierung spielen. Aussenminister Stuart scheint aus militärischen Erwägungen offenbar keine unverzügliche Ausstossung zu wünschen.

#### 4. DDR

Herr Spühler: Seit einiger Zeit versucht die DDR, mit uns zwecks Errichtung einer ostdeutschen Handelsdelegation in Verhandlung zu treten. Diese Vertretung sollte nach deren Antwort mit allen Vorrechten eines Konsulates ausgestattet werden. Würde dies **zugelassen**, so käme das halbwegs einer Anerkennung der DDR gleich. Bezeichnenderweise wünscht Pankow, diese Vertretung (8-10 Fachleute!) in der politischen Hauptstadt Bern und nicht in der Handelsmetropole Zürich zu etablieren. Vorderhand üben wir eine gewisse Zurückhaltung. Wir wären höchstens bereit, zu prüfen, wie weit eine privatrechtliche Handelsvertretung in Zürich eröffnet werden könnte. Es sind Besprechungen in Aussicht genommen. Das Vorhaben hat für uns insofern ein Interesse, als wir namhafte Vermögensinteressen in der DDR wahrzunehmen hätten. Vorderhand scheint sich die DDR allerdings nicht mehr mit einer bloss privatrechtlichen Handelsvertretung begnügen zu wollen. Wenn auch für unser weiteres Verhalten das zukünftige Verhältnis der BRD zur DDR ~~mitentscheidend~~ **entscheidend** sein wird, werden wir **nicht eine Delegation zulassen**, deren inoffizieller Hauptzweck es ist, politische Infiltration zu betreiben.

- 15 -

Herr Jolles: Die Schweiz ist neben Spanien und Portugal das einzige europäische Land, das keine zumindest wirtschaftlichen Beziehungen mit der DDR unterhält. Aus dieser Position der relativen Stärke dürfte sich Pankow der Schweiz gegenüber kaum mehr mit einer bloss privatrechtlichen Lösung begnügen. Vielmehr möchte die DDR eine Handelsvertretung mit einem Minimum an konsularischen Kompetenzen nach dem Vorbild ihrer Niederlassung in Finnland. - Welche Erfahrungen haben Sie mit der ostdeutschen Handelsvertretung gemacht? Wurde von Seiten der DDR auch deren allmähliche Aufwertung verlangt?

Herr Waldheim: In den letzten Monaten sind wir (z.B. von Rumänien, Bulgarien und der UdSSR) verschiedentlich aufgefordert worden, unsere Beziehungen zur DDR zu normalisieren. Unsere Antwort lautete stets, dass wir in der gegenwärtigen Lage nicht die Absicht hätten, unsere Haltung zu ändern. Die Tatsache, dass sich in Wien eine ostdeutsche Handelsvertretung niederlassen konnte, wurde seinerzeit als ein österreichisches Entgegenkommen gedeutet. Diese Vertretung konferiert indessen nicht mit dem Handelsministerium, sondern mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Es sind auch schon Vorstösse seitens der DDR unternommen worden mit dem Ziel, die Handelsvertretung mit konsularischen Funktionen ausstatten zu dürfen. Diese Tendenz könnte sich im Zuge der Bonner Auflockerungen noch verstärken. Meines Erachtens sollten wir nicht ins Schlepptau der Bundesrepublik geraten, ansonst unsere Zugeständnisse nicht mehr honoriert würden. Der Zeitpunkt für ein weiteres Entgegenkommen darf daher nicht verpasst werden. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, dass wir gegenüber der ostdeutschen Handelsvertretung eine etwas flexiblere Haltung einnehmen werden. In diesem Zusammenhang haben wir auch schon die Errichtung einer eigenen Handelsvertretung in Ostberlin erwogen. Eine solche würde uns gewisse Vorteile bringen, denn verschiedene mit der DDR zu regelnde Fragen könnten damit auf einfacherem Weg erledigt werden.

Herr Spühler: Die Gefahr, dass uns die progressive Politik der Bundesrepublik den Wind aus den Segeln nimmt, erscheint mir nicht so gross zu sein, solange sich noch die meisten europäischen Staaten

- 16 -

gegenüber der DDR negativ verhalten. Neben politischen Erwägungen geht es uns aber vor allem darum, unsere beachtlichen materiellen Interessen gewahrt zu wissen, d.h. eine Bereitschaftserklärung seitens der DDR zu erhalten, wonach sie die früheren Verpflichtungen übernehmen wird.

Herr Jolles erkundigt sich über die Weise der Betreuung der österreichischen Staatsangehörigen in der DDR und stellt die Frage, ob Oesterreich eine Möglichkeit sehe, der ostdeutschen Handelsvertretung in Wien konsularische Funktionen zuzugestehen, ohne damit eine de facto-Anerkennung der DDR auszusprechen.

Herr Waldheim: Die Betreuung wird von unserer bei den alliierten Mächten akkreditierten Verbindungsmission wahrgenommen. In concreto fährt ein Kanzleibeamter von West- nach Ostberlin und nimmt dort Kontakt mit den DDR-Behörden auf. Gewisse Fälle können jedoch nur durch "Junktimierung" geregelt werden, was vielfach zu einem unangenehmen Tauziehen führt. - Die Gewährung von Konsularbefugnissen an eine Handelsdelegation birgt sicher die Gefahr einer de facto-Anerkennung<sup>in sich</sup>. Es wird Sache "findiger Völkerrechtler" sein, hier einen gangbaren Weg zu wählen.

Die Herren Waldheim und Spühler kommen überein, dass auch in dieser Frage die gegenseitige Konsultation weitergeführt werden soll.

#### 5. Nordkorea, Nordvietnam

Herr Spühler: Auch Nordkorea bemüht sich, mit der Schweiz Beziehungen anzuknüpfen, und hat zu diesem Zwecke seinen Botschafter in Bukarest in einer Erkundungsmission nach Bern gesandt. Wir unsererseits beauftragten unseren Botschafter in Peking, Nordkorea quasi als Tourist einen Besuch abzustatten. Vorderhand sind wir aber recht zurückhaltend gewesen, insofern wir lediglich die Möglichkeit einer Etablierung einer Handelsmission auf privatrechtlicher Grundlage zuge-

- 17 -

lassen haben. Eine nordkoreanische Reaktion <sup>hierauf</sup> ist bisher <sup>aber</sup> noch nicht eingetroffen. - Im Falle Nordvietnams handelt es sich um eine vornehmlich politische Frage. Wir haben nach behutsamen Annäherungsversuchen vor zwei Jahren unseren Botschafter in Peking als Vertreter des Politischen Departementes beim nordvietnamesischen Aussenministerium akkreditiert. Ferner haben wir, Mai Va Ho, den Delegierten Hanoi in Paris offiziell empfangen, ohne indessen seine Erwartungen auf eine baldige Anerkennung Nordvietnams zu erfüllen. Wir bleiben mit ihm durch gelegentliche Kontakte, die unser Botschafter in Paris mit ihm pflegt, verbunden. Unser Verhältnis zu Hanoi wird sich zweifellos weiterentwickeln. Eine Anerkennung hängt von der Entwicklung in Vietnam selbst ab. Es hat keinen Sinn, im Interesse der Universalität unserer Beziehungen zur Unzeit einen Schritt zu tun, der als Unterstützung der einen Kriegspartei ausgelegt werden kann. Eine Anerkennung ohne "Aufhänger" würde die Frage provozieren, wieso diese nicht schon vor drei Jahren ausgesprochen worden sei. Das schwedische Beispiel lässt es ratsam erscheinen, der Wahl der Zeitpunkte besondere Beachtung zu schenken.

Herr Waldheim: Wir sind hinsichtlich Nordkoreas in einer ähnlichen Lage. Unsere Kontakte gehen über den Botschafter Nordkoreas in Bukarest, den wir übrigens auch schon in Wien empfangen haben. Angesichts der guten Wirtschaftsbeziehungen, die wir mit Südkorea unterhalten, auferlegen wir uns gegenüber dem Norden eine gewisse Behutsamkeit. - Was Nordvietnam betrifft, so haben wir nicht die Absicht, dem schwedischen Beispiel zu folgen. Vor einer Anerkennung müssen auf beiden Seiten die Kriegsaktionen abgebaut werden. Unsere Kontakte mit Hanoi gehen über unsere Botschaft in Budapest.

Herr Marquet: Nordvietnam unterhält eine Handelsvertretung in Wien. Obwohl Hanoi anfänglich nur eine mit allen Privilegien eines Konsulates versehene Vertretung etablieren wollte, wurde, nachdem wir dies abgelehnt hatten, schliesslich dann doch lediglich ein Kammerabkommen ohne Privilegien unterzeichnet. Derzeit ist die Handelsvertretung nicht besetzt.

- 18 -

Herr Jolles erkundigt sich, ob Oesterreich Handelsvertreter nicht anerkannter Staaten in amtlichen Räumen, z.B. im Aussenamt oder Handelsministerium, empfangen oder ob sämtliche Kontakte nur über die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft hergestellt würden.

Herr Marquet: Ich könnte mir vorstellen, dass solche Vertreter als Privatpersonen in amtlichen Räumen verkehren; offiziell werden sie aber nie empfangen.

Herr Waldheim möchte wissen, mit welchen Argumenten wir auf die Frage antworten, weshalb wir bei getrennten Staaten nicht beide Teile anerkennen.

Herr Spühler: Im Falle Deutschlands und Koreas sind wir vor die Alternative gestellt, die eine oder die andere Hälfte zu anerkennen oder dies überhaupt nicht zu tun. In dieser Situation entscheiden wir uns - was durchaus normal ist - nach Massgabe der nationalen Interessen. Rotchina haben wir seit 1950 anerkannt und seither dieses Land nicht als geteilt angesehen. In Bezug auf Vietnam ist zu sagen, dass die Schweiz seit 1926 in Saigon ein Konsulat bzw. Generalkonsulat unterhält und dass sich in Bern eine südvietnamesische Botschaft auf Grund eines früheren Versprechens hat niederlassen können. Wir versuchten, mit der Entsendung eines Vertreters nach Hanoi das Gleichgewicht einigermaßen herzustellen; doch erheischen solche Korrekturen ein sehr langsames und vorsichtiges Vorgehen.

## 6. China

Herr Waldheim: Leider haben wir noch keine Beziehungen mit Rotchina. Diese Situation wird für uns von Jahr zu Jahr schwieriger. Peking ist an wirtschaftlichen Beziehungen weniger interessiert als an einer politischen Anerkennung. Derzeit besteht in Wien aber nur eine privatrechtlich organisierte Handelsmission. Obwohl wir keine offiziellen Beziehungen mit Formosa unterhalten, versteht sich dessen Vertreter bei der



Atombehörde quasi als offizieller Repräsentant Nationalchinas in Oesterreich. - Bei den Abstimmungen in der UNO haben wir uns bisher immer der Stimme enthalten. Da sich der Druck seitens Pekings verschärft, werden wir um eine Anerkennung kaum herumkommen; denn unseres Erachtens hat die Zwei-China-Theorie keine Zukunft.

Herr Spühler: Dieser Entschluss würde Ihnen leichter fallen, wenn Rotchina Mitglied der UNO würde.

Herr Waldheim: Stimmt; doch wird dies nicht möglich sein, solange sich die USA gegenüber Peking ablehnend verhalten.

## 7. Naher Osten

Herr Waldheim: Meinen Feststellungen in New York nach zu schliessen, sind alle Bemühungen zur Regelung des Konfliktes festgefahren. Man versucht, erneut mit der Rhodos-Formel zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Doch wird diese Formel von den feindlichen Lagern ganz verschieden interpretiert, so dass sie vorderhand keine echte Lösungsmöglichkeit bietet.

Herr Spühler äussert sich über die aussenpolitischen Schwierigkeiten, die der Schweiz durch das Klotener Attentat erwachsen sind.

## 8. Atomsperrvertrag

Herr Waldheim ist der Ansicht, dass die Unterzeichnung des Vertrages durch die Bundesrepublik zahlreiche andere Staaten dazu bewegen wird, dem Vertragswerk beizutreten, so dass dieses bald in Kraft treten kann.

Herr Spühler: Der Bundesrat hat das Problem, das für die Schweiz auch von grosser innenpolitischer Bedeutung ist, eingehend geprüft,

hingegen noch keinen definitiven Beschluss gefasst. Er ist der Ueberzeugung, dass der Vertrag bei all seinen juristischen Mängeln dennoch positiv zu bewerten sei, stellt er doch u.a. eine Voraussetzung für jeglichen weiteren Abrüstungsversuch dar. Auch haben wir ein eminentes Interesse daran, dass sich mittlere und kleine Staaten, die unter dem Schutz der grossen leicht Kriege vom Zaun brechen können, keine Atomwaffen zu verschaffen vermögen. Ein Erfolg des Atomsperrvertrages ist deshalb wünschbar.

### 9. UNO

Herr Waldheim: Unseres Erachtens dürfte sich die bisherige, fruchtlose Ost-West-Konfrontation innerhalb der UNO abschwächen; es scheint, dass sich die Vereinten Nationen auf langfristige Aufgaben im wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu konzentrieren beginnen.

Herr Spühler: Diese Feststellung ist für uns sehr interessant. Sie führt weg von der falschen Optik, die die Oeffentlichkeit vielfach gegenüber der UNO hat, insofern sie von den Vereinten Nationen lediglich die Lösung von Konflikten erwartet. Im Bericht des Bundesrates über das Verhältnis der Schweiz zur UNO wird auch auf die österreichische Neutralität hingewiesen (s.S. 38 - 42; 159). Es scheint mir überaus wichtig, darauf hinweisen zu können, dass Oesterreich in der UNO wegen seiner integralen Neutralität bisher keine Nachteile erwachsen sind.

Herr Waldheim: Unser Grundsatz der integralen Neutralität ist innerhalb der UNO nie in Frage gestellt worden. Im Gegenteil; gerade die Tatsache, dass wir uns erklären und an Hand unseres Abstimmungsgebarens die Neutralität unter Beweis stellen können, hat die Glaubwürdigkeit unserer aussenpolitischen Maxime erheblich gestärkt. Nach einer vierzehnjährigen Erfahrung, die ich in New York gewinnen konnte, stelle ich fest, dass auch für einen neutralen Staat die Vorteile der Mitgliedschaft deren Nachteile bei weitem überwiegen.

- 21 -

Herr Spühler: Wenn das UNO-Mitglied Oesterreich nach dem Vorbild der Schweiz neutral sein kann, so vermöchte wohl auch die neutrale Schweiz nach dem Vorbild Oesterreichs Mitglied der UNO zu werden...

Es folgen: Dankes- und Verabschiedungsworte.

Ende der zweiten Sitzung: 18.00